

Kajo Schukalla

Positionen zu aktuellen Diskussionen in Leserbriefen an die Westfälischen Nachrichten und die Münstersche Zeitung

Mit Leserbriefen melde ich mich immer mal wieder zu aktuellen politischen Fragen mit **Menschenrechtsbezug**. Für mich stehen diese Äußerungen in thematischem Zusammenhang mit dem Wirken der Gesellschaft für bedrohte Völker, die ich dann aber nicht explizit nenne, wenn Themen entweder vereinsintern noch strittig sind oder meine Stellungnahme sehr speziell meinen persönlichen Arbeitsbereich reflektiert. Nachfolgend einige aktuelle Beispiele.

**Leserzuschrift
22.4.2025 für WN-Politikteil**

Ostermärsche 2025

Für den Frieden auf die Straße zu gehen ist gut, dabei auch die friedens- und sicherheitspolitischen Realitäten zu erkennen, ist besser. Bei den diesjährigen Ostermärschen nehme ich eine weitgehende friedenspolitische Realitätsverweigerung wahr. Demonstriert wurde vor allem gegen Aufrüstung in Deutschland und Europa. Niemand in Europa wünscht sich sehnlicher Frieden als die Menschen in der von Russland überfallenen Ukraine. Das internationale Recht auf Selbstverteidigung und die Chance, einen Frieden in Sicherheit und voller Souveränität überhaupt erreichen zu können, wurde auf den Demos nicht thematisiert, weil dazu in tätiger europäischer Solidarität mit der Ukraine auch militärischer Beistand zwingend notwendig ist. Wo blieben die Protestbanner gegen den Aggressor Putin, wo die Schilder gegen die russischen Terrorangriffe auf Krankenhäuser und Schulen, wo die Rufe gegen russische Kriegstreiberei und systematische Menschenrechtsverbrechen? Die neue Rüstungspolitik in Europa ist eine Reaktion auf die neue Bedrohungslage, der man auch nicht mit nostalgischen Friedensliedern und trotzigem Wegschauen entkommen kann.

Der persönlichen Entscheidung von Pazifisten zolle ich großen Respekt, nicht aber dem politischen Ausblenden der Wirklichkeit mit einem brutalen faschistischen Diktator, der keinen Frieden will.

Was die außereuropäischen Kriege und fernes Leiden betrifft, so fanden diese Themen, mit Ausnahme des Sonderfalls Gaza, bei den Ostermärschen auch in diesem Jahr nicht statt: kein Wort vom Sudan, keine Zeile zu Myanmar, kein Mucks zu Syrien oder Kongo.

Dr. Kajo Schukalla, Münster

PS. In einigen Städten, wie im münsterländischen Gronau, wurde zugleich stark gegen Atommülltransporte und die Urananreicherungsanlage mit französischen und russischen Verbindungen protestiert. Diese Proteste trage ich auch mit. Am Gesamtbild der diesjährigen Ostermärsche ändert dies aber leider nichts.

**Leserzuschrift
22.4.2025 für Lokalteile Münster von WN und MZ**

Straßenumbenennungen. Kolonialisten waren Ausbeuter und Verbrecher

Der Forderung nach einem pauschalen Moratorium, einem Stopp bei Straßenumbenennungen, muss ich widersprechen. Erkenntnisse wachsen, gesellschaftliche Bewertungen ändern sich, manch ehemals Verehrtes erweist sich als zu unrecht Geehrtes. Gleichwohl sollten nicht alle in

der Nazi-Zeit benannten Straßen zwanghaft umbenannt werden.

Die Langemarkstraße beispielsweise sollte 1939 den Nazi-Mythos vom Heldentod junger Soldaten verfestigen. Gegen diese intendierte heroische Heldenverehrung wäre mittels Informationstafeln und Bildungsangeboten ein kritisches Gedenken zum sinnlosen „Verheizen“ junger Menschen anzustreben. An aktuellen Bezügen gibt es leider keinen Mangel.

An Personen wie Prinz Eugen von Savoyen (1663-1736), eine bedeutende europäische Persönlichkeit in Diensten der Habsburger, er war Staatsmann, Bauherr, Kunstmäzen ebenso wie Feldherr, keineswegs auf die „Türkenkriege“ zu reduzieren, sollte weiterhin erinnert werden dürfen.

Eindeutig verhält es sich hingegen mit Adolph Lüderitz (1834-1886) und Adolph Woermann (1847-1911), an die in Gremmendorf seit 1939 anachronistisch noch immer benachbarte Wege erinnern.

Der Bremer Kaufmann Lüderitz war in West- und Südwestafrika tätig und gilt als »Begründer« der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“. Er war ein berüchtigter kolonialer Landräuber, seine Spitznamen „Meilenschwindler“ und „Lügenfritz“ sind bezeichnend. Woermann war Privatree der und Koloniallobbyist, Politiker, zudem Kriegsgewinnler beim deutschen Völkermord an den Herero und Nama in Namibia und hielt selbst Zwangsarbeiter. Auch er war verantwortlich für Landvertreibungen in Kamerun und schuf wie Lüderitz wesentliche Voraussetzungen für die deutsche Kolonialherrschaft ab 1884.

Ausbeuter, Betrüger und Verbrecher dürfen nicht länger Münsters Straßen bezeichnen ! Ich wünsche mir, dass künftig die Erinnerung an Afrika im Straßenbild nicht kolonialistisch geprägt bleibt, sondern durch die Benennung nach positiven, wenn auch tragischen afrikanischen Persönlichkeiten dieser deutsch-afrikanischen Geschichte ehrenhaft gepflegt wird. Namensgeber könnten sein:

1. Anton Wilhelm Amo aus Ghana (ca.1703 – ca.1756) war der erste Philosoph und Professor afrikanischer Herkunft in Deutschland, tätig an den Universitäten Wittenberg, Halle und Jena. Zermürbt von Missachtung und Rassismus kehrte er enttäuscht nach Ghana zurück.
2. Rudolf Manga Bell aus Kamerun (1873-1914), Königssohn der Duala, deutschfreundlich mit Bildungsweg in Deutschland, später Kämpfer mit juristischen Mitteln gegen deutsche Kolonialvergehen, wurde 1914 von der deutschen Kolonialmacht widerrechtlich durch den Strang hingerichtet.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg, Münster

Leserzuschrift

18.4.2025 für WN-Politikteil

zum WN-Bericht

*Union verärgert über Flüge aus Afghanistan
in WN , Di, 15.4.2025 (Titelseite)*

Evakuierung gefährdeter Menschen aus Afghanistan

Mit den Charterflügen für gefährdete Menschen aus Afghanistan kommt die geschäftsführende Bundesregierung ihrem frühen Versprechen nach, vor allem die Ortskräfte zu evakuieren, die über Jahre hin der Bundeswehr bei ISAF (2002-14/15) und der Ausbildungs- und Unterstützungsmission *Resolute Support* (2015-21) in Afghanistan deren Einsatz überhaupt ermöglicht haben.

Wer meint, deswegen mangelnden „politischen Anstand“ der Außenministerin vorwerfen zu

müssen, die Rettungsaktionen gar als „infam und vollkommen verbohrt“ diffamiert und nicht einmal in vertraglicher Treue Verfolgte mit rechtsverbindlichen Aufnahmeerklärungen, natürlich mehrfach sicherheitsüberprüft, aufzunehmen bereit ist, sollte sich fragen, ob er sich weiter mit den Etiketten christlich und demokratisch schmücken möchte.

Zugleich lese ich daraus eine Ignoranz gegenüber der neuen afghanischen Wirklichkeit unter der Taliban-Herrschaft und eine nicht gerade als menschenrechtsfreundlich zu bezeichnende politische Haltung.

Dr. Kajo Schukalla

Münster, Markweg 38

Leserzuschrift

18.2.2025 für Politikteil von WN und MZ/Münsterland-Zeitung/ Ruhr-Nachrichten

Nachruf auf Horst Köhler und Gerhard Baum

Mit Horst Köhler und Gerhart Baum sind zwei große Persönlichkeiten für immer von uns gegangen, die sich mit Leidenschaft und überzeugend für Afrika und die Menschenrechte eingesetzt haben. Für unseren ehemaligen Bundespräsidenten Köhler waren Entwicklungsfragen Afrikas und globale Zusammenarbeit ein Lebensthema. Menschenrechtspolitische Verbindungen hatte ich während seiner Zeit als UNO-Sondergesandter für den Westsahara-Konflikt (bis 2019), den auch er nicht lösen konnte. Das Land leidet auch heute noch unter marokkanischer Besatzung.

Den großen Liberalen Gerhart Baum habe ich erst nach seiner Regierungszeit während der UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien kennen gelernt, als er als deutscher Regierungsdelegationsleiter allabendlich Treffen mit den anwesenden deutschen Menschenrechtsorganisationen zum Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe ermöglichte, damals eher eine Ausnahme im Verhältnis zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Intensive Treffen folgten, seit er 2001-03 UNO-Beauftragter für die Menschenrechte im Sudan war und Krieg, Vertreibung und Völkermord in Darfur dazu kamen. Vor wenigen Jahren traf ich ihn noch einmal am Rande einer Berliner Tagung zum „Roten Terror“. Schon gesundheitlich angegriffen, war er doch unverändert leidenschaftlich bei der Sache.

Zum Vermächtnis von Horst Köhler und Gerhart Baum gehören die großen Themen Menschenrechte und Entwicklung, besonders Afrika, die derzeit politisch keine besondere Priorität zu genießen scheinen.

Dr. Kajo Schukalla, Münster

Leserzuschrift

2.2.2025 für WN-Politikteil WN

Gegen Überbietungswettbewerb auf Kosten schutzsuchender Menschen

Als Menschenrechtler bin ich entsetzt über die zunehmende Fokussierung des Wahlkampfes auf die Flüchtlingspolitik und den Überbietungswettbewerb auf Kosten schutzsuchender Menschen. Vor allem Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, darunter Yeziden, aramäische und assyrische Christen, Kurden, Baha'ï, Rohingya, sind vielfach durch Krieg und Verfolgung traumatisiert und besitzen keine gültigen Ausweispapiere, weil Staaten sie ihnen verweigerten oder sie überstürzt flüchten mussten. Die populistische Forderung, alle ohne Ausweis an der deutschen Grenze zurückzuweisen, ist menschenverachtend und widerspricht zudem dem geltenden Asylrecht. Im Ergebnis werden dann die Falschen drangsaliert und sogar zurück in

Verfolgungssituationen abgeschoben.

Aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden sind auch die mit Flucht- und Vertreibung verbundenen Themen der Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklungspolitik, neben der Klimapolitik zentrale globale Politikfelder. Deutsche Politik muss über die nationale und europäische Ebene hinaus auch hier ihrer Verantwortung gerecht werden.

Dr. Kajo Schukalla, Münster

Gesellschaft für bedrohte Völker

